



## Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

### **Schleswig-Holstein – Land der Horizonte, der Weltoffenheit und des Respekts Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung**

– Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt aufgrund anhaltender und besorgniserregender rassistischer Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit innerhalb der Bevölkerung sowie der Gefahr der weiteren Verfestigung von Strukturen organisierten Rechtsextremismus die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein an.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, die bestehenden Strukturen im „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein“ unter Einbeziehung freier Träger zu erweitern und weitere Regionalstellen im Land zu schaffen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und des Landtags ein Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung zu erarbeiten. Schwerpunkte sollen dabei u.a. Opferberatung und -unterstützung, Sensibilisierung durch Öffentlichkeitsarbeit, Demokratieförderung und präventive Maßnahmen bilden.
4. Die Landesregierung wird beauftragt, die Umsetzung und Begleitung des Landesprogramms durch Abstimmung aller Ressorts und unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure zu koordinieren und hierfür eine geeignete Beteiligungsform zu entwickeln.

5. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über Erfahrungen und Probleme bei der Umsetzung des Landesprogramms.

### **Begründung:**

Die Erfahrungen anderer Bundesländer haben gezeigt, dass eine wirksame Strategie gegen Rechtsextremismus und für mehr Demokratie die Einbeziehung möglichst vieler Demokratinnen und Demokraten und demokratischer Initiativen erfordert.

Wir wollen daher ein Landesprogramm nach Vorbild anderer Bundesländer wie z.B. Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Berlin auflegen, das zur Verbesserung bereits bestehender Projekte beiträgt und Raum für neue Initiativen bietet.

Der Nährboden für Rechtsextremismus liegt oft mitten in der Mehrheitsgesellschaft. Daher muss Alltagsrassismus, Ausländerfeindlichkeit und weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent begegnet werden. Antidemokratische Strukturen müssen bekämpft werden. Hierzu braucht es eine starke demokratische Kultur und eine Kultur der Weltoffenheit und des Respekts innerhalb der Gesellschaft. Diese Kultur zu stärken und Strategien aufzuzeigen soll ein wichtiges Element des Landesprogramms sein. Demokratieförderung ist zudem die beste Prävention vor Rechtsextremismus.

Ziel des Landesprogramms ist auch Opfer von Rassismus und Diskriminierung zu beraten und die Öffentlichkeit durch Dokumentation und Bereitstellung von Informationen zu sensibilisieren.

Im Zusammenwirken mit Initiativen, Vereinen, Verbänden und Privatpersonen sollen zudem regionale Netzwerke gestärkt, die sich für Demokratie und Toleranz und gegen rechtsextremistische Gewalt und rassistisches Gedankengut einsetzen.

Eine erfolgreichere Arbeit gegen den Rechtsextremismus und für Demokratie braucht eine landesweite professionelle Struktur. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus erfolgt in Schleswig-Holstein bisher neben zahlreichen kommunalen Initiativen durch das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“, das mit wenigen Stellen für ganz Schleswig-Holstein die Beratung von Menschen leisten muss, 'die sich aufgrund von rechtsextremen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Vorfällen verunsichert, beeinträchtigt oder bedroht fühlen oder die Verantwortung spüren, handeln zu müssen.' Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ihrer Arbeit und der anhaltenden sowie steigenden gesellschaftlichen Herausforderungen ist hier ein Ausbau der Beratungsstrukturen dringend notwendig.

Tobias von Pein  
und Fraktion

Burkhard Peters  
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering  
und die Abgeordneten des  
SSW